

Antrag für die Regions-MV am 11.2.2016:

Nein heißt Nein - für eine Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung hier und überall!

Laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation werden mindestens 20% aller Frauen weltweit mindestens einmal in ihrem Leben physisch oder sexuell von einem Mann attackiert. Neuere Untersuchungen zeigen zudem, dass Anzeigen bei sexuellen Übergriffen in Deutschland oft erfolglos bleiben, Verfahren eingestellt werden und vielfach Freisprüche erfolgen. Und zwar nicht auf Grund einer schwierigen Beweislage, sondern weil das Verhalten nach jetziger Rechtslage nicht strafbar ist. Es gibt zahlreiche Beispiele, die belegen, dass es notwendig ist, von dem geltenden zweistufigen Tatbestandsmodell „erst mit Gewalt oder Drohung nötigen, dann sexuelle Handlung“ abzuweichen und dies durch ein „Nein-heißt-Nein“-Modell zu ersetzen.

Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ist ein weltweites Menschenrecht! Es darf nicht sein, dass die sexuelle Selbstbestimmung aktiv verteidigt werden muss. Nicht die Perspektive des Täters und auch nicht eine Widerstandsleistung der Betroffenen dürfen zentraler Bezugspunkt für eine Strafbarkeit sexueller Übergriffe sein. Das „Nein“ des Opfers hat im Vordergrund zu stehen! Jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung ist unter Strafe zu stellen!

Vor diesem Hintergrund fordert der Regionsverband Bündnis 90/Die Grünen Hannover:

- Die Schutzlücken in §177 StGB bei der Verfolgung von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung müssen geschlossen und dem gewandelten gesellschaftlichen Selbstverständnis angepasst werden.
- Sexuelle Belästigung muss bestraft werden.
- Begleitend müssen auf den verschiedenen Ebenen ausreichend Mittel für entsprechende Präventionsarbeit sowohl in der Schule als auch in Mädchen- und Frauenhilfeeinrichtungen zur Verfügung stehen.
- Wir initiieren und unterstützen Aktivitäten, um diesem Anliegen in der Öffentlichkeit mehr Gehör und weitere Unterstützer*innen zu verschaffen und um gemeinsam mit anderen Aktiven abgestimmt aufzutreten.
- Der Regionsverband Bündnis 90/Die Grünen schließt sich dem Aktionsbündnis „Stoppt sexualisierte Gewalt“ an, das von Frauenhäusern und Beratungsstellen gegen Gewalt in der Region Hannover initiiert wurde.
- Es ist unverantwortlich, dass die Große Koalition auf Bundesebene durch das Ausbremsen der Fraktion CSU/CDU untätig bleibt.

Begründung:

Sexuelle Übergriffe sind allgegenwärtig; am Arbeitsplatz, in der Straßenbahn, bei Volksfesten.

Eine gesetzgeberische Pflicht zu Handeln ergibt sich aus dem von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt – der sogenannten Istanbul-Konvention – die bisher nicht umgesetzt wurde, wie die Gesetzeslücken bei § 177 StGB deutlich zeigen. Sowohl diese, als auch die Europäische Menschen-

rechtskonvention verpflichten die Staaten, alle nicht-einvernehmlichen sexuellen Handlungen zum Schutz der sexuellen Selbstbestimmung unter Strafe zu stellen.

Auf Bundesebene liegt aktuell ein aus Grüner Sicht unzureichender Gesetzesvorschlag des Justizministers vor, ein grüner Gesetzesvorschlag mit den aus unserer Sicht notwendigen Forderungen wurde Mitte 2015 in den Bundestag eingebracht. Unsere niedersächsische Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz hat erst im Januar 2016 im Niedersächsischen Landtag in einer vielbeachteten Rede zutreffend den Reformbedarf aufgezeigt und die Forderung „Nein- heißt-Nein“ auf die Gesetzesa-genda gesetzt.

Daher wird das Niedersächsische Justizministerium einen Entschließungsantrag in den Bundesrat einbringen, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, den vor-gelegten Gesetzentwurf zu überarbeiten und dabei alle nicht einvernehmlichen sexu-ellen Handlungen unter Strafe zu stellen.

Unterstützerinnen:

Antje Niewisch-Lennartz

Maaret Westphely

Friederike Kämpfe

Thomas Schremmer

Freya Markowis

Belit Onay

Barbara David

Anne Bonfert

Sven-Christian Kindler

Renee Steinhoff

Djenabou Diallo-Hartmann

Sabine Nolte-Vogt

Kathrin Kuhfß

Gisela Witte

Abi Dogan

Frauke Patzke

Simone Meyer

Nicole van der Made

Urs Mansmann

Sebastian Pinne

Stefan Körner